

II-10424 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5040 13

1993 -07- 06

ANFRAGE

des Abgeordneten Dietrich und Genossen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Staudammprojekt Sardar Sarovar in Indien

Das Sardar Sarovar-Staudammprojekt, bestehend aus einem 163 Meter hohen Damm und dem größten einzelnen Bewässerungsprojekt der Welt, wurde von den indischen Bundesstaaten Gujarat, Maharashtra und Madhya Pradesh bis März 1993 mit Finanzmitteln der Weltbank betrieben. Angesichts der hohen Zahl der vertriebenen Menschen (rund 150.000), darunter mehrheitlich Adivasis - Angehörige der vorhinduistischen Urbevölkerung Indiens - gab es seit Jahren heftige Kritik. Unter anderem auch deshalb, weil die Weltbank trotz ständiger Verstöße gegen ihre Auflagen die Auszahlung ihrer Kredite in der Höhe von insgesamt 800 Mio. Dollar fortsetzte, während die japanische ODA sich vor 2 Jahren zum Rückzug aus dem Projekt entschloß.

Durch die massive Kritik sah sich die Weltbank gezwungen, eine unabhängige Untersuchungskommission unter Bradford Morse einzusetzen. Diese kam zu einem negativen Resultat und empfahl ein Ende des Weltbank-Engagements. In einer mehrfach verschobenen Abstimmung sprachen sich am 23. 10. 1992 unter anderem die USA, BRD und Japan für die sofortige Suspendierung der Zahlungen aus, während die österreichische Stimmrechtsgruppe für die Weiterfinanzierung unter Auflagen stimmte und somit eine 58%- Mehrheit zustande kam. Indien lehnte Ende März 1993 die Erfüllung dieser Auflagen ab, deshalb wurde die Auszahlung inzwischen eingestellt. Der Damm erreichte allerdings mittlerweile eine Höhe von 61 Metern, was während des Monsuns (Juni - August) nahezu unweigerlich zur Überflutung der ersten Ortschaften führen wird. Ein Teil der Bewohner von Manibeli und Vadgam, der sich weigerte, ihre Heimat zu verlassen, wurde anfang Juni ohne legale Basis verhaftet. Währenddessen haben indische Politiker, u. a. der Chief Minister von Gujarat, Sri Chunanbhai Patel und der indische Umweltminister verlautbart, die indische Regierung werde den Weiterbau u. a. aus Mitteln von Weltbanksektorenkrediten finanzieren.

Das Lawyers Committee for Human Rights erstellte im April 1993 die Studie "Unacceptable Means-India's Sardar Sarovar Project and Violations of Human Rights", in der eindeutig die Verletzung von fundamentalen Menschenrechten durch die Staatsregierung Indiens im Zusammenhang mit dem Sardar Sarovar-Projekt festgestellt wird.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichnenden Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

**Anfrage:**

1. Welche Quellen der Meinungsbildung wurden für die Festlegung der österreichischen Position in der Weltbank herangezogen?
2. Welche Position vertrat und vertritt der österreichische Vertreter in der Weltbank in dieser Frage?
3. Wurden die Empfehlungen des Morse-Reports in die Meinungsfindung der österreichischen Position einbezogen?
4. Wenn nein, welche anderen Expertisen wurden herangezogen, um der Beurteilung dieses Projektes gerecht zu werden?
5. Sind Ihnen österreichische Firmen bekannt, die begünstigte oder staatlich gesicherte Kredite für derartige Zulieferungen zum Sardar Sarovar-Projekt erhalten haben bzw. erhalten werden? Wenn ja, um welche Firmen handelt es sich?
6. Ist Ihnen bekannt, ob weitere Gelder aus Sektorenkrediten oder Strukturanpassungskrediten der Weltbank für den Weiterbau des Sardar Sardovar-Projektes verwendet werden sollen?
7. Sind Sie bereit, für einen Stopp der Finanzierung derartiger Projekte einzutreten, wenn die mit der Genehmigung erteilten Auflagen nicht eingehalten werden?